

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 15.08.2001

Sitzungsort:
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 18.15 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

I. Bürgermeisterin Lina Meyer - Vorsitzende -
Beigeordneter Wilhelm Leeker
Ratsherr Dieter Dilling
Ratsfrau Herta Everwien
Beigeordnete Helga Grix
Ratsherr Richard Janssen

für Ratsherr Horst Jahnke

für Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Uwe Hellmann
Ratsfrau Sieglinde Kaune

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Hermann Züchner

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

F.D.P. (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

Beratende Mitglieder

Herr Theodor Buß
Herr Klaas Hayenga
Herr Wübbo Krüzinga
Frau Regine Miermeister

von der Verwaltung

Stadtrat Ewald Fürst
Stadtoberamtsrat Heinz Potthast
Stadtamtsrat Wilhelm Büüsker
Stadtinspektor z.A. Hilko Mannott
Stadtamtsrat Gerhard Discus
Stadtamtfrau Elisabeth Szag
Sozialplaner Heinrich-Josef Engels
Stadtoberinspektor Wolfgang Ubben als Protokollführer

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 15.08.2001

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Meyer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Insbesondere begrüßt sie die im Saal anwesenden Zuschauer. Desweiteren begrüßt sie besonders die russischen Besucherinnen aus Archangelsk, die persönlich von Frau Szag vorgestellt werden.

Danach stellt Frau Meyer die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Herr Fürst bittet um Änderung der Tagesordnung, und zwar dahingehend, dass die Vorlage 13/1668 - Bericht des Ausländerbeirates - unter dem Tagesordnungspunkt 4 a behandelt wird.

Die Vorlage Nr. 13/1669 - Auflösung des Ausländerbeirates und Bildung eines Integrationsrates - wird dann unter dem Punkt 4 b vorgestellt.

Einwände gegen eine Änderung der Tagesordnung werden nicht erhoben.

Beschluss: Die Tagesordnung wird gemäß dem Vorschlag von Herrn Fürst geändert.

Ergebnis: einstimmig.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 25.06.2001

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 25.06.2001 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- a) Vorlage 13/1668
Bericht des Ausländerbeirates

Zur Vorstellung des Berichtes erteilt Frau Meyer zunächst Frau Soghra Janssen vom Ausländerbeirat das Wort. Frau Janssen erläutert, dass es sich bei dem Ausländerbeirat um ein demokratisch gewähltes Gremium im Sinne der Nieders. Gemeindeordnung handelt. Ziel dieses Beirates ist es, die in Emden lebenden Ausländer zu integrieren. Zurzeit leben 2367 Emigranten/tinnen aus 60 Ländern in Emden.

Die Aufgaben und die Arbeiten des Ausländerbeirates werden anhand der Anlage 1 der Vorlage ausführlich inhaltlich vorgestellt.

Der Ausländerbeirat setzte sich ursprünglich aus 7 Mitgliedern zusammen. Anfängliche Schwierigkeiten über das Verständnis der vom Ausländerbeirat zu leistenden Aufgaben konnten mittlerweile behoben werden. Die Arbeit wird zurzeit von vier Beiratsmitgliedern wahrgenommen, wobei Frau Janssen einen besonderen Dank an Herrn Kruizinga sowie den Asylkreis ausspricht.

Desweiteren führt Frau Janssen aus, dass die Geschäftsführung des Ausländerbeirates von der Stadt Emden auf die Volkshochschule Emden übergegangen ist. Die Geschäftsführerin ist zeitlich begrenzt anwesend, sodass es in der Verwaltung des Ausländerbeirates zu Schwierigkeiten kommt. Hier bittet Frau Janssen die VHS sowie die Stadt, eine andere Lösung anzustreben. Einen weiteren Dank spricht sie gegenüber Herrn Fürst für die von ihm geleistete Arbeit aus.

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 15.08.2001

Sie appelliert an die anwesenden Ratsmitglieder, auf die europäischen Mitbürger einzuwirken, zur bevorstehenden Kommunalwahl zu gehen. Darüber hinaus mögen sich die Ratsmitglieder dafür einsetzen, dass ausländische Kinder die deutsche Sprache erlernen und sich weiterbilden können.

Im Anschluss daran erläutert Frau Janssen anhand der Anlage 2 der Vorlage die Erwartungen des Ausländerbeirates an die Politik.

Zum Abschluss dankt sie allen Anwesenden für die Aufmerksamkeit.

Frau Meyer dankt Frau Janssen für die gemachten Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bongartz bedankt sich bei Frau Janssen für die geleistete Arbeit und weist auf die Akzeptanz innerhalb seiner Fraktion hin.

Allerdings weist er die Aussage, das Ausländergesetz sei schlechthin undemokratisch und menschenverachtend, ausdrücklich zurück. Es handelt sich um ein demokratisch entwickeltes Gesetz, welches das Gesetzgebungsverfahren vollständig durchlaufen hat. Das persönliche Empfinden einzelner kann sicherlich bei der Bewertung konkreter Sachverhalte zu Abweichungen von der Gesetzeslage führen.

Frau Everwien stimmt den Ausführungen von Herrn Bongartz zu, kann aber das Empfinden Betroffener verstehen.

Darüber hinaus erwartet sie eine Stellungnahme der Verwaltung bzgl. der in der Anlage 2 angesprochenen Einzelfälle.

Zur Thematik der Sprachkurse würden Nachbarländer, insbesondere Holland, mit der Thematik anders umgehen. Anhand der dort durchgeführten Integrationsprogramme würde die sprachliche Eingliederung vorrangig betrieben.

Herr Fürst nimmt die Aussage hinsichtlich des Ausländergesetzes mit Betroffenheit zur Kenntnis. Auch er stimmt den Aussagen von Herrn Bongartz zu; es handele sich bei dem Ausländergesetz um ein demokratisch zustande gekommenes Recht. Persönliche davon abweichende Wertungen können sicherlich zu einer anderen Betrachtungsweise führen.

Zu den in der Anlage 2 angesprochenen Einzelfällen könne er keine Sachstandsmitteilung machen. Er weist aber darauf hin, dass in beiden Fällen wirksame Gerichtsurteile vorliegen. In Bezug auf die Sprachkurse erläutert Herr Fürst, dass zurzeit noch die finanzielle Frage geklärt wird.

Herr Engels verweist in diesem Zusammenhang auf die zwischenzeitlich stattgefundenen Gespräche mit Frau Janssen und Frau Rühl. Danach sollen verschiedene Integrationsprojekte in Barenburg installiert werden. Hierzu ist es noch erforderlich, für dieses Jahr sowie die Folgejahre eine finanzielle Regelung zu finden. Insbesondere ist hierbei noch die Frage zu klären, inwieweit Zuschüsse von anderen Trägern gewährt werden.

Herr Bongartz unterstützt die Forcierung der Sprachförderung, da die Beherrschung der Sprache von äußerster Wichtigkeit ist. Dies muss ggf. auch ohne Rücksicht auf evtl. entstehende Kosten voran getrieben werden.

Er weist nochmals darauf hin, dass gemäß dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit die Verwaltung an das Recht und die bestehenden Gesetze gebunden ist. Er habe uneingeschränktes Vertrauen in die Verwaltung, dass das bestehende Recht richtig interpretiert und ausgelegt wird, auch wenn es aus menschlicher Sicht nicht immer nachvollziehbar ist. Er möchte die Arbeit der Mitarbeiter des Ausländeramtes wegen der schwierigen Aufgabe einmal ausdrücklich anerkennen. Es sei eine Änderung der Gesetze notwendig, wenn eine andere Handhabung gewollt ist.

Es sei nicht Aufgabe des Rates, sich in die inhaltliche Arbeit einzumischen.

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 15.08.2001

Herr Züchner erklärt, dass viele Entscheidungen der Gerichte in diesem Bereich von staatlichen Informationen geprägt sind. Hier erscheint eine Nachbesserung und Aktualisierung von Informationen angebracht, um eine sachgerechte Entscheidungsfindung zu erzielen.

Frau Janssen führt aus, dass es nicht ihre Absicht war, Herrn Fürst zu kritisieren. Sie achte die hier bestehenden Gesetze sehr wohl.

Frau Everwien stimmt den Ausführungen von Herrn Züchner zu. Für die Entscheidungsfindung seien aktuelle und umfassende Informationen notwendig, um auch ggf. gesetzlich vorhandene Ermessensspielräume zu nutzen.

Herr Buß vertritt die Auffassung, dass sich die Verwaltung im Rahmen der bestehenden Gesetze bewegt. Eine Kontrolle der Verwaltung und eine kritische Begleitung durch den Rat hält er aber grundsätzlich für notwendig.

Herr Bongartz bestätigt die von Herrn Züchner und Herrn Buß gemachten Ausführungen. An dieser Stelle spricht er sich aber nochmals für den Schutz der Mitarbeiter der Verwaltung vor verbalen Angriffen aus.

Frau Everwien ist darüber verwundert, dass kein Vertreter der Presse anwesend ist. Sie hält das Fernbleiben für sehr bedauerlich.

- b) Vorlage 13/1669
 Auflösung des Ausländerbeirates und Bildung eines Integrationsrates

Herr Potthast führt aus, dass in Abstimmung mit dem Ausländerbeirat am Vormittag eine Pressekonferenz stattgefunden hat.

Im Anschluss daran erläutert er die Vorstellungen der Verwaltung anhand der Vorlage. Er weist darauf hin, dass es sich bei der Satzung und der Wahlordnung für den neuzubildenden Integrationsrat um Entwürfe handelt. Der in der Vorlage dargestellte Zeitplan ist mit dem Ausländerbeirat abgestimmt.

Herr Dr. Beisser vertritt die Auffassung, dass neue Zuwanderungsgesetz abzuwarten und erst danach die Satzung zu erstellen. Im Übrigen gibt er zu bedenken, dass ein neu zu schaffender Integrationsrat sich auch um die Eingliederung von körperlich und geistigen Behinderten kümmern müsste. Insofern wäre ein anderer Name für dieses neue Gremium erforderlich.

Herr Leeker zeigt sich verwundert darüber, dass die Pressekonferenz bereits am Vormittag stattgefunden hat.

Hinsichtlich der Sprachförderung sei eine weitere Konkretisierung notwendig, was sich am Beispiel Holland zeigt.

Frau Everwien äußert ihr Unverständnis über die bereits im Vorfeld stattgefundenene Pressekonferenz und das Fehlen der Presse bei der Sitzung.

Herr Züchner bringt seinen Dank für die vom Ausländerbeirat geleistete Arbeit zum Ausdruck und weist darauf hin, dass auch der Rat und die Verwaltung durch dessen Tätigkeit auf Probleme aufmerksam gemacht wurden.

Herr Fürst erläutert, dass es Absicht der Verwaltung war, einen Satzungsentwurf einzubringen. Die im Vorfeld stattgefundenene Pressekonferenz diene lediglich der Sachinformation und sollte keinen Vorgriff auf die im Sozialausschuss stattfindende Diskussion darstellen.

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 15.08.2001

Die Integration ausländischer Mitbürger stellt sich gelegentlich als sehr schwierig dar, da es zum Teil auch an der Willigkeit der Betroffenen fehlt.

Herr Krüzinga dankt Frau Janssen für die von ihr geleistete Arbeit. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass bei einer bevorstehenden Wahl des Integrationsrates keine Kandidaten aufgestellt werden sollten, die kurz vor der Abschiebung stehen.

Der Satzungsentwurf sowie der Wahlordnungsentwurf werden zunächst an die Fraktionen verwiesen, die weitere Beratungsfolge ergibt sich aus der Vorlage.

Tacis-Projekt

Frau Szag informiert die anwesenden Ratsmitglieder über den Sachstand des Projektes Tacis. So fand in der Zeit vom 26.05. bis 20.06.2001 ein Besuch einer Abordnung aus Emden in Archangelsk statt, wo unter anderem verschiedene Einrichtungen im Pflegebereich besucht wurden. Darüber hinaus konnte sie sich ein Bild von der russischen Verwaltungsstruktur machen.

Im Rahmen dieses Projektes hat sie einen Vortrag in Schweden gehalten, der großes Interesse für dieses Projekt geweckt hat. Es gibt bereits Überlegungen, weitere Projekte ins Leben zu rufen. Als Fazit kann festgestellt werden, dass das Projekt besser als geplant läuft und unerwartete Kreise nach sich zieht.

Im Anschluss an den Besuch in Archangelsk findet nunmehr ein Gegenbesuch durch eine russische Delegation für die Zeit vom 29.07. bis 26.08.2001 in Emden statt, der zum Ziel hat, die gewonnenen Erfahrungen anhand von Praxisbeispielen zu vertiefen und anhand von Stärken - Schwächen - Analysen auszuwerten.

Frau Szag dankt den anwesenden Ratsmitgliedern für die Möglichkeit, dass die Vertreterinnen aus Archangelsk an der Sozialausschusssitzung teilnehmen konnten.

Frau Meyer bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Ausführungen.

Punkt 5: Anfragen

keine

Frau Meyer schließt die Sitzung um 18.15 Uhr und wünscht allen einen guten Nachhauseweg.